

Montag, 31. Mai 2021

Nachfolgend die halbmonatliche **Medienübersicht und Legislativvorschau** des Verbandes kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) mit aktuellen Nachrichten aus europäischer Politik und Gesetzgebung. In dieser Ausgabe werden folgende Themenbereiche behandelt:

[Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt](#)

[Soziales, Bildung und Beschäftigung](#)

[Gesundheit](#)

[Medien und Kommunikation](#)

[Energie](#)

[Umwelt und Verkehr](#)

Ebenso finden sie hier die neuesten **News aus unseren Dachverbänden**:

[Internationale Dachverbände des VÖWG](#)

Diese und die folgenden Ausgaben sind mit der **Legislativvorschau** des Verbandes kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) ergänzend!

**Viel Spaß bei der Lektüre!**

## Die Schlagzeile der Woche

### Fonds für einen gerechten Übergang

Der Fonds für einen gerechten Übergang umfasst 17,5 Mrd. € und soll EU-Ländern beim Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft helfen. 7,5 Mrd. EUR kommen aus dem [Siebenjahreshaushalt 2021–2027](#) und weitere 10 Mrd. EUR aus dem [Aufbauplan NextGenerationEU](#).

Für Zuschüsse kommen nur Projekte infrage, die auf wirtschaftliche Diversifizierung bzw. Umstellung oder die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sind. Förderfähig sind aber auch Projekte, die zum Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und kreislauforientierten europäischen Wirtschaft beitragen. Unterstützt werden außerdem Kleinstunternehmen, Gründerzentren, Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen. Auch für Investitionen in neue Energietechnik, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität auf örtlicher Ebene können Zuschüsse beantragt werden. Das [Europäische Parlament](#) sprach sich für die Einführung einer Belohnung für gute Umsetzung, ein sogenannter grüner Vergütungsmechanismus, aus.

Der Vorschlag wurde am Dienstag den 18.05.2021 mit 615 zu 35 Stimmen bei 46 Enthaltungen vom Europäischen Parlament angenommen.



### Niederösterreichische Gemeindebund bekommt einen neuen Präsidenten

Ende Juni geht im [niederösterreichischen Gemeindebund](#) eine Ära zu Ende. Der Grafenwörther Bürgermeister **Alfred Riedl** zieht sich als Präsident zurück. Am 28. April 2001 wurde Alfred Riedl zum Präsidenten des niederösterreichischen Gemeindebundes gewählt. Seither machte er die Gemeinden zu [starken Verhandlungspartnern der anderen Gebietskörperschaften](#). Alfred Riedl – er erhielt von Mikl-Leitner den Ehrenpreis „Gläserner Leopold“ – bleibt als österreichischer Gemeindebund-Präsident Vertreter der mehr als 2.000 Gemeinden Österreichs, ein Amt, das er seit 2017 bekleidet.

Im Anschluss übernimmt der Bürgermeister von Ardagger (Bezirk Amstetten), **Hannes Pressl** (ÖVP), die Präsidentschaft des niederösterreichischen ÖVP-Gemeindebundes.

## Internationale Dachverbände des VKÖ

### Einfluss auf die Europäische Kommission über die großen Beratungsunternehmen

Ein exklusiver [Euractiv-Artikel](#) enthüllt, dass zwischen 2016 und 2019 die Europäische Kommission mehr als 462 Millionen Euro für Verträge mit den sogenannten "großen vier" Beratungsunternehmen ausgab; **PWC, KPMG, Deloitte und EY**. Das zeigt, dass die Tendenz der Kommission, große Beratungsfirmen zu beauftragen, in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen ist und kritisch hinterfragt werden muss. Viele sind misstrauisch, dass diese Beratungsfirmen so viel Einfluss haben - vor allem in Bezug auf ihre "politischen Empfehlungen" zu sensiblen politischen Themen. Zum Beispiel bei dem gestarteten Strukturreform-Förderprogramm, das 2017 veröffentlicht wurde. Die Energiepolitik ist hiervon nicht ausgenommen. Zu diesen kritischen Stimmen gehört die Europäische Bürgerbeauftragte, Emily O'Reilly. Sie schlug vor, die Kommission solle ihre Leitlinien für die öffentliche Auftragsvergabe bei politikrelevanten Dienstleistungsverträgen aktualisieren, um den Mitarbeiter\*innen Klarheit darüber zu geben, wann Bieter aufgrund von Interessenskonflikten auszuschließen sind. In dem Euractiv-Artikel finden Sie Beispiel für die Problematik.

## Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

### Mercosur-Zusatzvereinbarung als wirkungslose Mogelpackung

Arbeiterkammer und Gewerkschaft bauen Druck bei Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck auf, endlich Überzeugungsarbeit gegen das EU-Mercosur-Handelsabkommen zu leisten. „Das österreichische Parlament hat sich bereits auf ein Nein zum geplanten Handelsdeal festgelegt. Auch Ministerin Schramböck muss daher auf [einen Meinungsumschwung in der EU](#) abzielen. Nur die Ablehnung Österreichs zu deponieren, ist eindeutig zu wenig“, so Renate Anderl und Wolfgang Katzian. Die Gewerkschaften in den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay selbst lehnen die neue Verhandlungsvorschlag ab.

Angeprangert wird vor allem die Umweltzerstörung im Zusammenhang mit der Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen. Als äußerst problematisch gelten in der Landwirtschaft der Anbau von in der EU selbst größtenteils verbotenen gentechnisch veränderten Produkten bzw. der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden.

### Taxonomy Delegated Act

Am 17.05.2021 führten ECON- und ENVI-Mitglieder gemeinsam einen Meinungsaustausch mit Mairead McGuinness, [Kommissarin für Finanzstabilität](#), Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte, über den vom Kommissionskollegium politisch gebilligten [Entwurf des Delegierten Rechtsakts zur Taxonomie-Verordnung](#).

Die Taxonomie-Verordnung der EU schafft ein Klassifizierungssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten ("[Grüne Liste](#)"). Dieses System wird den Marktteilnehmern ein gemeinsames Instrumentarium an die Hand geben, um zu beurteilen, ob Investitionsprojekte einen wesentlichen positiven Einfluss auf das Klima oder die Umwelt haben. Der Entwurf des delegierten Rechtsakts enthält [technische Screening-Kriterien](#) für Wirtschaftstätigkeiten, die

Montag, 31. Mai 2021

einen wesentlichen Beitrag zur Abschwächung des Klimawandels oder zur Anpassung an den Klimawandel leisten können und gleichzeitig andere Umweltziele nicht wesentlich beeinträchtigen. Der Meinungs austausch ist Teil des Rechts des Europäischen Parlaments, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen delegierten Rechtsakte zu prüfen.

## Legislativvorschau - Wirtschaft

02. Juni 2021

Europäisches Semester Frühjahrspaket

Auf dem Weg zu einem voll funktionsfähigen und widerstandsfähigen Schengener Raum der Freizügigkeit

Einrichtung des Schengener Evaluierungsmechanismus

08. Juni 2021

Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2022

Jährlicher Management- und Leistungsbericht für den EU-Haushalt 2020

Mitteilung über den Leistungsrahmen 2021-2027

30. Juni 2021

Überarbeitung der Richtlinie 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit

Langfristige Vision für ländliche Gebiete

Mitteilung zur Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert

06 Juli 2021

Erneuerte Strategie für nachhaltige Finanzen

Etablierung eines EU-Standards für grüne Anleihen

Anti-Geldwäsche-Gesetzespaket

14 Juli 2021

Vorschlag für einen Eigenmittelbeschluss

## Soziales, Bildung und Beschäftigung

### Mobile Arbeitnehmer\*innen unterstützen

Die COVID-19-Pandemie hat die [Arbeitnehmer\\*innen-Freizügigkeit](#) stark beeinträchtigt und die besonders gefährdete Situation von Grenzgängern, entsandten, saisonalen, grenzüberschreitenden und anderen mobilen Arbeitnehmer\*innen hervorgehoben. Die [Abgeordneten des Europäischen Parlaments](#) fordern daher die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass mobile Arbeitnehmer\*innen weiterhin Grenzen überschreiten können, während gleichzeitig ein Höchstmaß an Sicherheit und Gesundheitsschutz gewährleistet wird. Vor allem soll es zu einer Verbesserung der Umsetzung, Durchsetzung und Überwachung der überarbeiteten Entsenderichtlinie kommen. Die Abgeordneten plädieren, dass die [Europäische Arbeitsmarktbehörde \(ELA\)](#) einen One-Stop-Shop-Helpdesks einrichtet, an dem Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen Zugang zu digitalen Dienstleistungen in Bezug auf Arbeitsmobilität und die Entsendung von Arbeitnehmern haben.

### Kommunales Crowd-Funding als Zukunftsmodell

Die kommunalen Unternehmen sind einer der größten Förderer für Kultur, Kunst, Soziales, Bildung, Umwelt und Sport. Jedoch hat die breite Öffentlichkeit oft keine aktive Wahrnehmung, über die [Prozesse](#), die sich für das Wohl der Bevölkerung abspielen. Ein großer Teil der Spenden- und Sponseringfragen müssen aber leider abgelehnt werden. Damit kommunalen Unternehmen langfristig und nachhaltig Ihrer Rolle auch im Anlitz der Öffentlichkeit gerecht werden, wurde in Deutschland eine [kommunale Crowdfunding-Plattform](#) ins Leben gerufen. Der Betrieb einer solchen Plattform generiert ein Vielfaches an eingesetztem Gesamtvolumen – die „soziale Rendite“ wird skalierbar. Die Idee des kommunalen Crowd-Fundings erobert die Regionen des nördlichen Nachbarn Österreichs im Sturm und hat bisher eine [90%ige Erfolgsquote](#) hervorgebracht. Bereits einige wenige kommunale Unternehmen in Österreich zeigen Interesse und es wird nach ersten Prognosen nur mehr eine Frage der Zeit sein, bis die Welle überschwappen wird.

### Initiative „Ja zu Tirol“

Tiroler Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Walser erklärte: *„Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe für Wohlstand und Arbeit sind“*

Mit der gemeinsamen Initiative [„Ja zu Tirol“](#) kam es zu einem Schulterschluss der Sozialpartner. Das Projekt soll den regionalen Wirtschaftsraum stärken und setzt auf heimische Produkte und Dienstleistungen. Der ÖGB in Tirol appelliert an seine Mitglieder und an die Bevölkerung, dass man nach der Pandemie gemeinsame Schritte setzen muss, um die Wirtschaftskrise zu dämpfen. „Online-Riesen zahlen weder in unser Gesundheitssystem noch in den Sozialstaat ein. Wer dagegen regional einkauft, sichert regionale Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und die regionale Wirtschaft.“: erläuterte er im [Interview mit dem ORF](#). Die Arbeiterkammer Tirol und die Landwirtschaftskammer Tirol sind ebenfalls an Board und befürworten die progressive und solidarische Initiative.

## Legislativvorschau – Soziales

16. Juni 2021

Zweite Stufe der Anhörung der Sozialpartner zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf der Plattform Arbeit

23. Juni 2021

Mitteilung über einen neuen Strategierahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

30. Juni 2021

Überarbeitung der Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkreditverträge

## Gesundheit

### Strengere Vorschriften für Medizinprodukte

Am 26.05.2021 traten neue [EU-Vorschriften für Medizinprodukte](#) in Kraft, mit denen ein moderner und robusterer Rechtsrahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Patientensicherheit geschaffen werden soll. Die neuen Vorschriften wurden aufgrund der Pandemie aufgeschoben, um dem gestiegenen Bedarf an lebenswichtigen Medizinprodukten in der gesamten EU Rechnung zu tragen. Die Verordnung gilt für Medizinprodukte von Hüftgelenksprothesen bis hin zu Heftpflastern. Damit soll sich die klinische Sicherheit verbessern und es soll ein fairer Marktzugang für Hersteller entstehen. Die Europäische Datenbank für Medizinprodukte (EUDAMED) wird Informationen zu jedem auf dem Markt befindlichen Medizinprodukt enthalten, auch betreffend die Unternehmen und die von den benannten Stellen ausgestellten Bescheinigungen. Die Verordnung über Medizinprodukte wird durch die Verordnung über In-vitro-Diagnostika (2017/746/EU) ergänzt, die ab dem 26. Mai 2022 gelten wird.

[Medical Devices – Sector - Überblick](#)

## Legislativvorschau – Gesundheit

16. Juni 2021

Lehren aus der COVID-19-Krise

### Umwelt und Verkehr

#### Kommerzieller Luftverkehr - kein Aufschwung

Länder auf der ganzen Welt haben seit Anfang 2020 eine Vielzahl von restriktiven Maßnahmen ergriffen. Die [Luftverkehrsbranche](#) wurde sofort getroffen und die jüngsten Zahlen zu kommerziellen Flügen zeigen im April 2021 keine klaren Anzeichen einer Erholung dieses Sektors. Die ersten Auswirkungen auf den kommerziellen Luftverkehr waren im März 2020 sichtbar, mit einem Rückgang der Gesamtzahl der kommerziellen Flüge in der EU um 44 % im Vergleich zum gleichen Monat im Jahr 2019. Nach beispiellosen Rückgängen bei der Zahl der kommerziellen Flüge im Jahr 2020 wirkte sich die Pandemie auch in den ersten Monaten des Jahres 2021 auf die überwiegende Mehrheit der EU-Flughäfen aus.



#### Kärnten als Wasserstoff-Vorreiterin

Kärnten setzt zur Dekarbonisierung des Öffentlichen Verkehrs und der Industrie verstärkt auf grünen Wasserstoff. Gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft soll im Rahmen einer Wasserstoffstrategie künftig grüner Wasserstoff in Kärnten produziert und in der Industrie und in der [Mobilität zum Einsatz](#) kommen. In Villach ist nun seit Mai ein Wasserstoffbus probeweise im Linienbetrieb unterwegs. Der Wasserstoff wird doppelt genutzt: Für die Chipproduktion und nach Wiederaufbereitung als Bus-Treibstoff. In der Testphase erfolgt die Betankung des Fahrzeuges über eine eigens nach Kärnten gelieferte mobile Wasserstoff-Tankstelle. Täglich wird der Bus mit rund 37 Kilogramm Wasserstoff befüllt und kann nach zehn Minuten Tanken wieder 350 Kilometer weit fahren. Mit dem [Projekt ‚H2Carinthia‘](#) plant das Land Kärnten, gemeinsam mit Infineon, Postbus, OMV, Linde Gas und weiteren Partnern, grünen Wasserstoff regional zu produzieren und

Montag, 31. Mai 2021

nach der industriellen Nutzung wieder durch ein europaweit einzigartiges Verfahren aufzubereiten.

Silvia Kaupa-Götzl, Vorständin von ÖBB-Postbus erklärte: *„Am Anfang muss man immer ein bisschen mehr investieren, als dann, wenn die Technologie schon skalierbar ist. Wir sind bereit, den ersten Schritt mitzugehen, damit wir die Mobilitätswende schaffen.“*

#### Schienenpersonenverkehr im 4. Quartal 2020 weiter gesunken

Europa hat eine Vielzahl von restriktiven Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern. Dies hat auch den Bahnverkehr erheblich beeinträchtigt. Trotz einer leichten Erholung im dritten Quartal 2020 ging die Zahl der Bahnreisenden im vierten Quartal 2020 in allen EU-Mitgliedstaaten weiter zurück.

Im vierten Quartal 2020 wurden die größten Rückgänge bei der Zahl der Bahnreisenden in Irland (-74 % gegenüber dem vierten Quartal 2019, -9,5 Mio. Fahrgäste) und Griechenland (-68 %, -3,8 Millionen Fahrgäste), gefolgt von Italien (-61 %, -144,9 Millionen Fahrgäste), den Niederlanden (-61 %, -62,0 Millionen Fahrgäste), der Slowakei (-54 %, -11,2 Millionen Fahrgäste), Slowenien (-53 %, -1,9 Millionen Fahrgäste) und Polen (-51 %, -44,8 Millionen Fahrgäste).

Betrachtet man auch die Länge der Fahrgastfahrten (in Personenkilometern), so waren die Rückgänge gegenüber dem vierten Quartal 2019 in der Regel etwas höher als die Rückgänge bei den Fahrgastzahlen, da im Rahmen der Vorsichtsmaßnahmen zu diesem Zeitpunkt keine Fernreisen oder nicht unbedingt notwendige Fahrten empfohlen wurden.

Der Österreichische Nationalrat hat diesbezüglich erste Maßnahmen getroffen, die eine Erholung des Sektors bringen soll. Im [Strategiebericht 2021 bis 2024](#) im Unterkapitel „Mobilität“ lassen sich erste Ansätze finden, die eine Verbesserung versprechen.

### Legislativvorschau - Umwelt und Verkehr

#### 30. Juni 2021

Langfristige Vision für ländliche Gebiete

Mitteilung als Reaktion auf die europäische Bürgerinitiative „End the Cage Age“

#### 20. Juli 2021

Langfristige Vision für ländliche Gebiete Mitteilung



## Medien und Kommunikation

### Neues deutsches Datennutzungsgesetz schadet der Daseinsvorsorge

Die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Digitalisierung der Daseinsvorsorge ist die intelligente Nutzung der aus dem Betrieb der kommunalen Infrastruktur gewonnenen Daten und deren Vernetzung mit weiteren, insbesondere städtischen Bereichen. Datengetriebene Digitalisierungsprojekte können dazu genutzt werden, städtische Prozesse effizienter und wirtschaftlicher zu gestalten. Hierbei lassen sich im Rahmen von Smart-City-Ansätzen Daten für die Allgemeinheit nutzen. Die deutsche Bundesregierung plant derzeit ebenfalls, die Nutzung der Daten im öffentlichen Sektor neu zu regeln. [Oliver Rottmann, Vorstand des Kompetenzzentrums KOWID, Uni Leipzig erklärt in einem Artikel](#), dass der Entwurf die Einräumung ausschließlicher Rechte generell auch für öffentliche Unternehmen untereinander negiere, außer im Fall der sehr vagen formulierten Ausnahmen. Denkbar ist, dass seitens Dritter aus strategischen Gründen konstatiert wird, dass besonders ein „konzerninterner“ Datenaustausch beispielsweise im Rahmen eines Querverbundes eine unzulässige Ausschließlichkeitsvereinbarung nach § 6 Abs. 1 DNG darstelle.

## Legislativvorschau – Medien

02. Juni 2021

Eine vertrauenswürdige und sichere europäische e-ID

14. Juli 2021

Digital-Abgabe

### Energie

#### Potential finden und nutzen

Das aktuelle [Regierungsprogramm](#) beinhaltet das Ziel, dass Österreich bis 2030 ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energieträgern versorgt werden soll. Laut den [Expert\\*innen der Wien Energie](#) bedeutet dies einen Zubau von rund 27 TWh aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse. Eine [Studie](#) der [Österreichischen Energieagentur](#) stellt einen potentialbasierten Ansatz nach dem Prinzip der noch verfügbaren Möglichkeiten für die künftige Aufteilung des Ausbaus der erneuerbaren Stromerzeugung vor.



## Legislativvorschau – Energie

14. Juli 2021

Fit für 55-Paket

- Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems, einschließlich der Überarbeitung des EU-ETS
- Richtlinie für den Luft- und Seeverkehr und CORSIA
- Überarbeitung der Verordnung über die Einbeziehung von Treibhausgasemissionen und -abbau aus Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF)
- Effort-Sharing-Verordnung
- Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Umsetzung der Ambition des neuen 2030-Klimaziels (tbc)
- Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Umsetzung der Ambition des neuen 2030-Klimaziels (tbc)
- ReFuelEU Aviation - nachhaltige Flugtreibstoffe
- FuelEU Maritime - grüner europäischer Seeraum
- Überarbeitung der Richtlinie zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe
- Änderung der Verordnung zur Festlegung von CO<sub>2</sub>-Emissionsstandards für Pkw und Transporter
- Mechanismus zur Anpassung des Kohlenstoffgrenzwertes
- Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie

---

### IMPRESSUM:

Verband kommunaler Unternehmen Österreichs  
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien  
Telefon: +43-1-4082204  
E-Mail: [sekretariat@vkoe.at](mailto:sekretariat@vkoe.at)  
Web: [www.vkoe.at](http://www.vkoe.at)